

sozialdemokratischer SPD Pressedienst

F/XXIX/145

2. August 1974

Mittelstand und Sozialdemokratie

Handfeste Leistungen statt Ideologie

Von Albert Daeuweld MdL

Ministerpräsident von Hessen und Mitglied des
SPD-Vorstandes

Seite 1 bis 4 / 143 Zeilen

Mit Überlegung und Festigkeit

Die Transitweg-Affäre darf nicht zur Krise
werden

Seite 5 / 38 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Die Junta-Obristen ließen faltern

Seite 6 und 7 / 49 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Hausallee 2-10
Postfach: 120 408
Presshaus I, Zimmer 217-224
Tel. (Int. 0228) 347-71

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg

Mittelstand und Sozialdemokratie

Handfeste Leistungen statt Ideologie

Von Albert Dagswald MdL

Ministerpräsident von Hessen und Mitglied des SPD-Vorstandes

Der Vorwurf ist durchsichtig, weil bekannt. Alle Jahre wieder, insbesondere zu Wahlzeiten, wird er von der CDU/CSU und kooperierten Organisationen trotzdem neu erhoben: Die SPD betreibe eine mittelstandsfeindliche Politik. Zugleich wird der Versuch unternommen, die Belange kleinerer und mittlerer Unternehmen den Interessen der weltweit verflochtenen Multis gleichzusetzen. Eine besonders groteske Variante in diesem System erfand der Generalsekretär der hessischen CDU, Dr. Schwarz-Schilling, denn er behauptete allen Ernstes, daß die SPD die kleinen und mittleren Unternehmen aushungere und die Großkonzerne fördere, weil man die dann leichter sozialisieren könne.

Wie aber sieht die Wahrheit aus? Nehmen wir zunächst unsere programmatischen Aussagen zur Mittelstandsförderung. Im Godesberger Programm heißt es: "Das private Eigentum an Produktionsmitteln hat Anspruch auf Schutz und Förderung, soweit es nicht den den Aufbau einer gerechten Sozialordnung hindert. Leistungsfähige mittlere und kleine Unternehmen sind zu stärken, damit sie die wirtschaftlichen Auseinandersetzungen mit den Großunternehmen bestehen können."

Verwiesen sei in diesem Zusammenhang auch auf das Mittelschichtenprogramm der SPD (1965) und auf die "Grundsätze einer Strukturpolitik für kleinere und mittlere Unternehmen" (1970). In beiden Papieren geht es um den Abbau von Wettbewerbshemmnissen bis hin zur sozialen Sicherung der Selbständigen. Und noch ein Hinweis: In seiner Regierungserklärung vom 17. Mai 1974 betonte Bundeskanzler Schmidt, daß kleine und mittlere Betriebe unverzichtbarer Bestandteil einer am Leistungswettbewerb orientierten Wirtschaft sind.

Das alles sagen unsere Gegner, seien nur leere Worte, Lippenbekenntnisse. In Wirklichkeit sehe ja alles anders aus.

Also zur Wirklichkeit !

1/ Wettbewerbspolitik

Wettbewerb kann nur funktionieren, wenn die übergroße Marktmacht von Großunternehmen gegenüber den kleinen und mittleren eingedämmt wird. Hiervon ging die Bonner Koalition mit ihrem "Zweiten Gesetz zur Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen" aus. Seit August 1973 gilt, daß den kleinen und mittleren Unternehmen die zwischenbetriebliche Zusammenarbeit grundsätzlich erlaubt ist; so soll ihre Marktposition vor den großen gestärkt werden. Allerdings, aus Berichten des Bundeskartellamtes geht hervor,

daß von dieser Möglichkeit bisher zu wenig Gebrauch gemacht wird. Sicher ist das ein Fingerzeig für uns und die Organisationen des Mittelstandes, hier stärker zu informieren. Das 73er Wettbewerbsgesetz geht aber noch einen - ich glaube entscheidenden - Schritt weiter. Es verschärft die Mißbrauchsaufsicht über marktbeherrschende Unternehmen und führt eine Fusionskontrolle über Großunternehmen ein.

2/ Finanzielle Förderung des Mittelstandes

Hier verzichten Bund und Land bewußt auf eine wehlose Streuung der Mittel und versuchen, die Probleme der mittelständischen Unternehmen schwerpunktmäßig zu lösen. Das heißt, es werden Existenzgründungen gefördert, die Errichtung von Betrieben in neuen Wohnsiedlungen, die Aus- und Weiterbildung von Betriebsinhabern und ihrer Mitarbeiter; und schließlich wird auch die Einführung der elektronischen Datenverarbeitung finanziell unterstützt. Die Größenordnung der Gesamtfördersumme ist beachtlich. Allein aus dem ERP-Sondervermögen steht 1974 für kleine und mittlere Unternehmen rund eine halbe Milliarde DM bereit. Ebenfalls in diesem Jahr sind aus dem Bundeshaushalt zur Mittelstandsförderung rd. 130 Millionen DM verfügbar, davon rund 30 Millionen allein für die Förderung des Handwerks, wodurch sich die Unterstützung des Handwerks gegenüber 1969 mehr als verdoppelt hat.

3/ Steuerpolitik

Zum 1. Januar 1975 soll - zusammen mit der Strukturreform der Einkommen- und Lohnsteuer - der gewerbliche Teil des "Gesetzes zur Reform des Vermögensteuergesetzes und zur Änderung anderer Steuergesetze" in Kraft treten. Unter anderem wird nach diesem Gesetz der Freibetrag der Gewerbe-ertragsteuer von 7.200 DM auf 15.000 DM erhöht. Dadurch werden von den 1,6 Millionen Gewerbebetrieben 800.000 - also etwa die Hälfte - von der Gewerbe-ertragsteuer ganz befreit. Bisher waren es nur 15 vH. gewesen.

Im Übrigen hat die SPD durchgesetzt, daß die Ertragsstufen mit ermäßigter Steuermaßzahl von bisher 2.400 DM auf 3.600 DM deutlich gestreckt werden. Zur Erklärung für den Nichtfachmann: Diese Bestimmung hat die praktische Folge, daß nun 29.400 DM Gewerbeertrag ermäßigt besteuert werden, früher waren es nur 16.800 DM.

Aus anderen Gesetzen des Steuerreformpaktes hier einige Zahlenbeispiele: Der Vermögensteuer-Freibetrag wird von 20.000 auf 70.000 DM je Person angehoben; für Ehegatten erhöht sich der Freibetrag bei der Erbschaftsteuer von 30.000 auf 250.000 DM; und der Erbschaftsteuer-Freibetrag für Kinder verdreifacht sich auf 90.000 DM.

Insgesamt werden die Gewerbebetriebe 1975 also um 785 Millionen DM entlastet!

4/ Sozialpolitik

Die sozialliberale Koalition hat die gesetzliche Rentenversicherung 1972 auch den Selbständigen geöffnet. Sie haben nach Eintritt, genau wie die Pflichtversicherten, Anspruch auf Rente wegen Berufs- und Erwerbsunfähigkeit, Altersruhegeld, Hinterbliebenenrente, Maßnahmen zur Erhaltung, Besserung und

Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit; schließlich haben die Selbständigen auch einen Anspruch auf die Leistungen der Rentner-Krankenversicherung. Noch eine Besonderheit: Selbständige haben die Möglichkeit bis zurück zum 1. Januar 1956 für Zeiten, in denen sie oder ihr Ehepartner eine selbständige Erwerbstätigkeit ausübten, freiwillige Beiträge nachzuentrichten.

Zwei Bemerkungen zur Mitbestimmung und Vermögensbildung. Das Mitbestimmungsmodell zieht eine deutliche Grenze zwischen den Groß- und den kleinen beziehungsweise mittleren Unternehmen, für die das Betriebsverfassungsgesetz auch weiterhin maßgebend bleibt. Der Komplex "Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand" wird nach der Regierungserklärung von Bundeskanzler Schmidt eingehend überprüft. Fest steht jedoch, daß kleine und mittlere Unternehmen durch die Vermögensbildung nicht belastet werden.

5/ Berufliche Bildung

Wir Sozialdemokraten sehen in Handwerk und Gewerbe - übrigens: nicht erst seit Godesberg - unverzichtbare Elemente einer funktionsfähigen Volkswirtschaft. Und wir wissen um ihre Gefährdung durch eine sich wandelnde Industriegesellschaft. Jede Bewegung des sogenannten Marktes berührt diese Betriebe unmittelbar und fordert ihre Flexibilität heraus. Schon darum kommt Handwerk, Gewerbe und Einzelhandel bei der Neuordnung der beruflichen Bildung eine maßgebende Rolle zu. Darum auch wird die Reform der beruflichen Bildung, die hinter der "akademischen" nicht zurückstehen darf, nur in engster Abstimmung mit allen Beteiligten vorgenommen.

Blenden wir kurz zurück. Es war die sozialliberale Koalition, die das Berufsbildungsgesetz vom August 1969 wirksam werden ließ. Mit dem Aktionsprogramm "Berufliche Bildung" (1970) wurden die Weichen für eine Aufwertung und Neuorientierung der beruflichen Bildung gestellt. Um es ganz deutlich zu sagen: Die Reform wird den Interessen der mittelständischen Wirtschaft dienen, denn nur eine qualitativ verbesserte Ausbildung kann ihr künftig die notwendigerweise besser qualifizierten

Mitarbeiter sichern.

Schon jetzt besteht Übereinstimmung, daß der Betrieb als Lernort Kern des bewährten praxisbezogenen Teils der Ausbildung sein muß, die betriebliche Ausbildung jedoch besser mit den Lehrplänen der berufsbildenden Schulen abzustimmen ist. Die Einrichtung betriebseigener Schulungsstätten ist in Kleinbetrieben nicht sinnvoll. Deshalb sind überbetriebliche Ausbildungsstätten notwendig - für deren Ausbau in den vergangenen zwei Jahren rund 15 Millionen DM aus Bundesmitteln zur Verfügung standen.

Sozialdemokraten haben die Diskussion über den Weg eingeleitet, auf dem die notwendige Verzahnung von betrieblicher, überbetrieblicher und schulischer Ausbildung erreicht werden kann. Zweck der erstrebten Neuregelung ist weder die allgemeine "Verschulung" von Auszubildenden noch von Ausbildern. Unsere Ziele sind klar: Betriebliche und schulische Ausbildung müssen besser koordiniert werden; die Übergänge von der schulischen in die betriebliche Bildung (und umgekehrt) sollen flexibler sein; die Lehrerzahl in den berufsbildenden Schulen wird weiter kontinuierlich erhöht; und staatliche Unterstützung (und überhaupt "Staat") nur dort, wo es notwendig ist.

Natürlich ist dieser Überblick nur ein Abriss sozialdemokratischer Mittelstandspolitik von Godesberg bis heute. Ich habe mich absichtlich auf die bundespolitischen Aspekte beschränkt. Denn diese sind auch immer landespolitisch relevant; und wer sich weitergehend über die ausschließlich hessischen Programme informieren will, findet eine gute Zusammenfassung in den entsprechenden Abschnitten des Leistungsberichts der Landesregierung. Doch trotz zeitlicher Beschränkung (1959 bis 1974) und Abheben auf Bundesebene glaube ich, daß mancher über die Fülle der Leistungen überrascht sein wird.

Gewiß, Sozialdemokraten sind keine Mittelstandsideologen; auch hier gilt uns die handgreifliche Leistung mehr als Sonntagsreden und Schau-
fensteranträge.
(-/2.8.1974/ks/ee)

+ + +

Mit Überlegung und Festigkeit

Die Transitweg-Affäre darf nicht zur Krise werden

Die durch die jüngsten Berlinverkehr-Zwischenfälle aufgeschreckte Öffentlichkeit konzentriert ihre Aufmerksamkeit jetzt zunächst einmal auf den kommenden Dienstag, an dem die aus Delegierten der beiden deutschen Regierungen zusammengesetzte Transitkommission zum ersten Mal nach Abschluß des Transitabkommens zusammentreten wird. Den Vorbereitungsschritt zu dieser Sitzung haben wir mit der ebenfalls ersten Demarche des Ständigen Vertreters der Bundesregierung, Staatssekretär Günter Gaus, im Ostberliner Außenministeriums bereits hinter uns gebracht. Das dreißig Minuten dauernde Vortragen der beiderseitigen Rechtsstandpunkte habe sich, heißt es, in sachlicher Atmosphäre vollzogen.

Diese Sachlichkeit und die von der Bundesregierung bisher gezeigte Ruhe gilt es auch weiter zu bewahren, wobei sich die westdeutsche und westliche Seite auch durch ein noch zu auffälliges Zurückfallen der östlichen Seite in attackierende Umgangsmethoden des Kalten Krieges nicht beeinflussen oder gar provozieren lassen sollte. Es hat jetzt, in dieser Phase der alles andere als erfreulichen Entwicklung, auch wenig Zweck, sich mehr oder minder kritisch mit dem Ausgangspunkt der gewiß noch nicht zur echten Krise gediehenen Affäre zu befassen. Jetzt und heute werden die Bundesregierung und ihre Verbündeten mit Überlegung und Festigkeit zugleich alles in ihren Kräften und Möglichkeiten stehende tun müssen, was das Überschreiten einer in ihren unübersehbaren Folgen gefährlich werden könnende Überschreiten einer Reizschwelle verhindert und was den Transitverkehr wieder in die geregelte und gesicherte Ordnung zurückführt, die den Berlin-Reisenden von den Verträgen und Abkommen garantiert worden ist; und zwar von allen Beteiligten, also auch und gerade vom Osten.

Die von Unruhen verschiedenster Art geplagte Bevölkerung Europas erwartet mit voller Berechtigung, daß der bisher recht erfolgreich beschrittene Weg zur Entspannung und damit zu einem erwartbaren friedlichen Miteinanderleben nicht gestört wird. Die Verantwortung trifft ohne Ausnahme und mit gleicher Härte alle Seiten - und keineswegs nur Bonn und den Westen. Darüber sollte nirgends und bei niemandem ein Mißverständnis entstehen dürfen!
(es/2.8.1974/ks/es)

+ + +

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Die Junta-Obrieten ließen foltern

Die Wiener "Arbeiter-Zeitung", das Zentralorgan der sozialdemokratischen Regierungspartei, veröffentlichte am 30. Juli einen ganzseitigen Bericht aus der Zeit der Diktatur der Obristen-Junta in Griechenland. Erstmals wurden dadurch Einzelheiten über die brutale Niederschlagung der Studentenunruhen vom 14. November 1973 im Athener Polytechnikum bekannt. Die faschistischen Kontermaßnahmen endeten in den vermutlich schlimmsten Folterungen in der leidvollen Geschichte der Obristen-Junta. Wir zitieren einige Abschnitte aus der Darstellung der beiden Studenten Iannis und Mina.

"In den folgenden Tagen und Wochen wurden tausende Studenten verhaftet und den Folterprozeduren der Sicherheitspolizei und der Militärpolizei unterworfen. 'Die Sicherheitspolizei', erzählen die beiden Studenten, 'hatte Spezialisten, die in den USA ausgebildet waren. Sie quälten mit wissenschaftlichen Methoden, die sehr schmerzhaft sind, aber wenig Spuren hinterlassen. Die Militärpolizei (sie untersteht dem berühmigten General Ioannidis) droch und folterte ohne Rücksicht auf die Folgen'. 27 kürzlich freigelassene Korydallos-Häftlinge - unter ihnen Iannis und Mina - haben indessen ein Dossier über ihre Erfahrungen vorgelegt, deren Schrecklichkeit alles weit übertrifft, was bisher über die Methoden der griechischen Polizei im Westen bekanntgeworden ist.

Der ärgste Fall ist Costas Kapos, ein Mitglied des kommunistischen Jugendverbandes. Kapos, der schon nach dem Putsch 1968 gefoltert und wieder freigelassen worden war, wurde mit auf den Rücken gebundenen Händen nackt auf ein mit Stacheldraht überzogenes Brett gelegt, so daß das Körpergewicht die Hände in den Stacheldraht preßte, und dann mit Holzprügeln und stacheldrahtbezogenen Eisenstangen geprügelt. Ganze Nächte lang band man ihm den Geschlechtsteil mit einer um den weit vornüberge-

neigten Hals geschlungenen Nylonsehnur am Kopf fest. Der Gefangene mußte in der unmenschlich zusammengekrümmten Stellung verharren, weil jede Bewegung schreckliche Schmerzen verursachte.

Auf den geschundenen Körper strichen ihm seine Peiniger ungelöschten Kalk, der ihm die Haut verbrannte. War der Kalk durch den Körperkontakt gelöscht, wurde die Prozedur wiederholt - einmal 24 Stunden lang. Essen und Wasser bekam Kapos nur jeden dritten Tag. Oft hatten die Wärter vor den Augen des Halbverdursteten hineingespuckt. Als schließlich kaum ein Zentimeter seines Körpers nicht offen und eiternd war, begann an manchen Stellen das Fleisch zu faulen. Im Militärhospital mußte man ihm stückweise - ohne Narkose - Fleischstücke aus dem Körper schneiden. Nach einem Monat Dauerfolter lag er zwei Monate im Militärspital. 'Ich habe Kostas gesehen', sagt Mina. 'Er hat keinen Namen verraten. Aber er wird nie mehr gesund werden'.

Andere - unter ihnen Iannis und Mina - haben die Quälereien in ähnlicher, wenn auch weniger konzentrierter Form erfahren. 'Hunger und Durst, Folter (Schläge auf die Fußsohlen), die Behandlung mit Eisenstangen und Stacheldraht war Standard', sagt Iannis. Vielfach ging es gar nicht mehr um das Erpressen von Namen und Informationen, sondern nur noch darum, den potentiellen Rebellen physisch und moralisch fertigzumachen. Iannis: Mir haben sie offen gesagt: Wir werden dich für alle Zeiten zerbrechen." (-/2.8.1974/ri/ee)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Erhardt Eckert